

NAMENSLISTENVERBUND „KONSEQUENTE INTERESSENVERTRETUNG“

ÖGB – younion _ Die Daseinsgewerkschaft • BetriebsrätInnen • Personalvertretung • Behindertenvertretungspersonen
Blumauergasse 22/3, A-1020 Wien • Telefon (01) 4000 838 67, Fax (01) 4000 838 77 • www.kiv.at • kiv@kiv.at

**DIE STADT IST SPRICHWÖRTLICH PLEITE,
DIE SPÖ-STADTPOLITIK RÜTTELT HEFTIG AM STUHL DES BÜRGERMEISTERS UND
ALS DRAUFGABE VERSUCHT EINE RÜCKSICHTSLOSE GESUNDHEITSTADTRÄTIN
SICH AUF KOSTEN DER MITARBEITERINNEN DES KAV ZU RETTEN.**

GEJAGTER BÜRGERMEISTER,**NACHFOLGE-STREITEREIEIEN****UND****RÜCKSICHTSLOSE STADTRÄTIN****ZUR VORGESCHICHTE:**

Dass es schon länger in der Stadtregierung gärt, ist an niemandem vorbeigegangen. Bürgermeister Häupl wurde bereits vor der letzten Gemeinderatswahl mehr krank als gesund geredet. Jedoch hat sich in der SPÖ der große Aufstand dann doch nicht ergeben. Zum einen weil die PolitikerInnen, welche das Amt ausfüllen hätten können, nicht wollten und zum anderen weil jene, die erpicht darauf gewesen wären, im Klub keine Mehrheit fanden. Was jedenfalls damals schon klar war: dass sich die Stadt Wien und dadurch tausende von MitarbeiterInnen auf einen finanziellen Supergau hinbewegen.

ALLES AUF DEM RÜCKEN DER MITARBEITERINNEN UND DER BÜRGERINNEN

Nichts desto trotz wurde in alter Tradition die Situation schön-geredet. Und keines der ehrgeizigen Politprojekte herunterge-



fahren. Eine besondere Stellung kommt hier der Gesundheitsstadträtin Wehsely zu. Schnell wurde ein deutscher Scharfmacher mit Sondervertrag aufgenommen, der den Auftrag hatte, möglichst hurtig Umstrukturierungsmaßnahmen zu treffen. Sparen, sparen, sparen war sein ausgerichtetes Ziel.

Natürlich vorrangig bei den MitarbeiterInnen. Und damit es fair bleibt, wurden diesmal alle Berufsgruppen berücksichtigt. **WAS JEDOCH NICHT VORHERSEHBAR WAR:** der Widerstand der ÄrztInnen. Populistisch wurde es medial in die Richtung von Eigeninteressen gedreht. Was beabsichtigt verschwiegen wurde, ist jedoch die unzureichende medizinische und pflegerische Betreuung der PatientInnen durch fehlendes Personal. Also genau dass, was uns BürgerInnen trifft. Die unbestätigte Aussage von (Generaldirektor KAV) Prof. Dr. Udo Janßen, dass in der Umstellungsphase Kollateralschäden entstehen werden (mögliches Ableben von PatientInnen) drang dankenswerterweise nicht an die Öffentlichkeit.

Eine Politikerin mit Gewissen würde zurücktreten

DAS IST ABER NICHT ALLES:

Begleitmaßnahmen wie niederschwellige Ausbildungen für zukünftige MitarbeiterInnen des KAV (generell im Gesundheitswesen), sowie die Umstellung von Arbeitsverteilung und Postensperre gelten als die neue Religion. Nebenher wurden hunderttausende von Euro in den Rachen von Beratungsfirmen geworfen und Millionen um Millionen in den Bau des Krankenhauses Nord gepulvert. **Alles auf Kosten der BürgerInnen und MitarbeiterInnen.**

GENERELL IST DIE BAUTÄTIGKEIT DES KAV MEHR ALS DISKUSSIONSWÜRDIG.

Hohe Kosten, spektakuläre Baumängel und ungeklärte Haftungsfragen – mehr als ein Rücktrittsgrund für die Stadträtin. Aber die will ja eigentlich Bürgermeisterin werden – ohne Rücksicht auf Verluste. Der erste Verlust – wird medial übermittelt – ist der deutsche Generaldirektor des KAV. Jetzt plötzlich wird sein Sondervertrag zur Stadt Wien zum Thema gemacht. Überraschung!

Übrigens:

Die KIV/UG war die **EINZIGE** Stimme im zuständigen Gremium GPK, die **GEGEN** den Sondervertrag von Janßen war!



rupert illek/pixelio.de

DIE KIV WAR AUCH DIE EINZIGE INTERESSENSVERTRETUNG, DIE BEREITS 2014 IN EINEM

offenen Brief an Gesundheitsstadträtin Wehsely

AUF DIESE THEMATIK HINGEWIESEN HAT.

Auszug aus dem Brief – Original unter <http://www.kiv.at/szo/artikel/3995/offener-brief>

Sehr geehrte Frau Stadträtin Wehsely!

Als Personalvertreter und Gewerkschafter freut es mich, die Entwicklungsschritte und Neuregelung der Zusammenarbeit zwischen Medizin und Pflege im KAV mitverfolgen zu können. Die Stärkung von Kompetenzen der Pflege ist auch aus unserer Sicht unerlässlich in einem zukunftsorientierten Gesundheitssystem. Selbstverständlich unterstützen wir auch die "Turnusausbildung NEU" in diesem Zusammenhang.

Um die optimale Implementierung dieses Projektes zu ermöglichen, ergeben sich für die Interessenvertretung der MitarbeiterInnen eine Reihe von Fragen.

IN WELCHEM ZEITRAUM ERFOLGT DIE DRINGEND NOTWENDIGE PERSONALAUFSTOCKUNG?

- In welcher Form fließen die veränderten Tätigkeiten und übernommenen Verantwortungen in eine zeitgemäße und faire Besoldung ein?
- Wann und wie wird sich das neu zu definierende Ausmaß der Versicherung für MitarbeiterInnen verändern (Haftungsfragen)?
- Welche Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsprophylaxe werden seitens des KAV für die MitarbeiterInnen angedacht um weitere Be- und Überlastungen bei dienstlich vorgeschriebener Mehrtätigkeit zu verhindern?

Um den Anschein einer willkürlichen Umverteilung von Kompetenzen und Arbeitsabläufen entgegenzuwirken, gehen wir davon aus, dass die offenen Fragen eine schnellstmögliche Beantwortung erfahren. Nur eine gegenseitige Wertschätzung der Arbeit und ein respektvoller Umgang miteinander kann das Gesundheitssystem im Akutbereich nachhaltig verbessern und zukunftssicher machen.

Im Ansinnen einer offenen und konstruktiven Zusammenarbeit verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Biju Onatt

BIS HEUTE ERGING KEINE ANTWORT AUF DIESEN OFFENEN BRIEF.

Wiener Prinzip: Die „Rücktrittsreifen“ rutschen rauf. Wehsely gliedert KAV aus und rettet sich

Wider besseres Wissen, aber dafür total neoliberal, will die Gesundheitsstadträtin nun den KAV mit Hilfe der Stadtregierung ausgliedern. Sie erhofft sich davon ihre Position gut abzusichern, dem Rechnungshof zu entkommen und stärker die Arbeitszeiten und Löhne und Gehälter nach ihren Vorstellungen anzupassen. **Die Qualität steht schon lange nicht mehr im Vordergrund.**

Ihre Zukunftsvisionen bezüglich des Gesundheitsservices sind gerade modern.

Ob diese zum Wohle der Menschen sind, steht dabei auf einem anderen Blatt.

MITARBEITERINNEN WERDEN „MUNDTOT“ GEMACHT

Zukünftig werden denkende MitarbeiterInnen noch mehr unter Druck stehen. Offene Gespräche und Kritik sind nicht erwünscht. Ganz im Gegenteil. Immer mehr wird der Eindruck gewonnen, dass unterschiedliche Bestrafungssysteme beim KAV auf der Tagesordnung stehen. Beurteilungen, MitarbeiterInnen-Orientierungsgespräche, KrankenstandsrückkehrerInnen-Gespräche, Teamgespräche, ... das alles wird zur Disziplinierung genützt.

Wer sich nicht anpasst – also mit der Zeit geht – geht mit der Zeit. **Mehr als menschenunwürdige Bedingungen für die MitarbeiterInnen des KAV.**

Es ist schon so weit, dass ganz unverschämte über „Strafen“ gesprochen wird.



Alle gütlichen Leitgedanken des KAV sind nur Schall und Rauch. **Die MitarbeiterInnen sind der Politik und der Dienstgeberin unterm Strich „nichts wert“.**

SHAME ON YOU

Die Ausgliederung des KAV eröffnet der Stadt eine Spielwiese der Sonderklasse. Die MitarbeiterInnen werden künftig alle (wie schon in vielen Häusern üblich) in einheitliche Kleidung gesteckt. Damit ist für die BürgerInnen nicht mehr durchschaubar, wer an den PatientInnen tätig ist.

Die Anstellungsverhältnisse des Personals werden mittels Kollektivverträge erweitert. Und damit ist abgesichert, dass die Personalkosten für die Stadt gesenkt werden können. **Die MitarbeiterInnen werden auf die kleinste wirtschaftliche Einheit reduziert – auf „die Arbeitskraft“ des Menschen und NICHT auf die Person Mensch!**

Keine Loyalität und kein Schutz für die Bediensteten werden die Folge sein.

DAS DESINTERESSE AN DEN MITARBEITERINNEN IST SPÜRBAR.

Weil für Politik und Dienstgeber gerade diese ja nur lästig sind.

Das Ende der Sozialpartnerschaft?

Lange hielten die SPÖ-GewerkschafterInnen und -PersonalvertreterInnen am Glauben der Sozialpartnerschaft fest. Erst jetzt kommt anscheinend das Erwachen.

Wir als KIV-Menschen kennen das Nichteingebundensein in Verhandlungen schon lange. Das ewige Mausekeln und Packeln fällt jetzt allen auf den Kopf. Da helfen auch abgesprochene Aussendungen der FSG-Dienststellenausschuss-Vorsitzenden der einzelnen KAV-Häuser nicht.

VERPASSTE GELEGENHEITEN WIE DIE GROSSVERANSTALTUNG IM JAHRE 2011 AM RATHAUSPLATZ MIT DEM TITEL „ZEIT FÜR MENSCHLICHKEIT“ KÖNNEN NICHT ZURÜCKGEHOLT WERDEN. Da wäre noch was rauszuholen gewesen.

Aber der Bürgermeister hat es vorgezogen der Gewerkschaft die rote Karte zu zeigen und alle Aktivitäten einzufrieren. Weitere Versuche unter dem Titel „Team Gesundheit“ für die MitarbeiterInnen zu punkten verliefen trotz großer Bemühungen im Sand. Vielleicht auch deswegen, weil sich handelnde Personen **nicht zu einem Zusammenschluss mit allen Fraktionen entschließen konnten.** Die Hoffnung auf einen Sieg und damit Wahlergebnisse abzusichern wurde nicht erfüllt.

AUSBADEN MÜSSEN WIR ES JETZT ALLE.

Die Gewerkschaft spricht sich durch geltende Beschlüsse von Landeskongressen und Gewerkschaftskongressen gegen Ausgliederung und Privatisierung aus!

Ausgliederung heißt:

Bei Ausgliederungen wird ein Teil der staatlichen Leistungserstellung auf eigene private Rechtsträger übertragen. Große Ausgliederungen waren beispielsweise die Universitäten, das Arbeitsmarktservice (AMS), die Museen, die Statistik Austria oder die Buchhaltungsagentur.

Die Beweggründe für Ausgliederungen sind z.B. eine Investitions- und Finanzpolitik unter Vermeidung starrer haushaltsrechtlicher Bindungen, die Möglichkeit, Haftungsbeschränkungen in Anspruch zu nehmen, die Vermeidung strengerer kompetenzrechtlicher Bindungen und steuerliche Vorteile. Zumeist erfolgt eine Basisfinanzierung durch gedeckelte Zuschüsse der ausgliedernden Gebietskörperschaft.

Ausgliederungen sind formale, sogenannte Organisations-Privatisierungen. Die vorher vom Öffentlichen Dienstgeber geführten Dienststellen, Einrichtungen, Institutionen, Betriebe und Unternehmungen werden in eine privatrechtliche Organisationsform umgewandelt – in Unternehmen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung), Fonds oder Anstalten öffentlichen Rechts ... Das hat Konsequenzen für das Management der ausgegliederten Unternehmen).

Die Beschäftigten dieser ausgegliederten Unternehmen werden nicht mehr in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen angestellt. Im Zuge der Privatisierung der Beschäftigungsverhältnisse werden durch bestehende und neue Kollektiv-Verträge und durch freie Betriebsvereinbarungen verschiedene Kategorien von Beschäftigten geschaffen. Die Politik und das Management erwarten sich dadurch Einsparungen und Kürzungen beim Personal.

ES KOMMT ZU EINER PRIVATISIERUNG DER VERANTWORTUNG, DER ENTSCHEIDUNGEN UND EINER EINSCHRÄNKUNG DER POLITISCHEN KONTROLLE UND KOMPETENZ DER GEWÄHLTEN GESETZGEBENDEN KÖRPERSCHAFTEN.

Stattdessen sollten aber die Beschäftigten der Stadt Wien die Chance bekommen, im Sinne der Wirtschaftlichkeit öffentlicher Dienstleistungen arbeiten zu können – indem vernünftige Rahmenbedingungen für die Arbeit innerhalb der Stadt Wien geschaffen werden, bürokratische Hindernisse und die unzähligen Vorgesetzten abgebaut und auch die budgetären Möglichkeiten so flexibel gestaltet werden, wie in den ausgegliederten Rechtsformen.

DIE WIENER STADTVERFASSUNG BIETET EINEN GENÜGEND GROSSEN RECHTSRAHMEN, UM AUCH ÖFFENTLICHE DIENSTE, UNTERNEHMEN UND BETRIEBE INNERHALB DER STADT WIEN ZU ORGANISIEREN.

Wir fordern von der Politik, die Karten offen auf den Tisch zu legen: Soll privatisiert werden, damit das Dienstrecht der Stadt Wien umgangen werden kann, damit schlechtere Löhne und Gehälter bezahlt werden können (zum Beispiel für Frauen im Dienstleistungsbereich oder in den Kollektiv-Verträgen der Wiener Linien), damit schamlos mit Ausschreibungen Lohn-dumping betrieben werden kann, damit immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse möglich sind? Dann soll das auch offen ausgesprochen werden.

WIR FORDERN AUCH UNSERE GEWERKSCHAFT AUF, IHRE KONFERENZBESCHLÜSSE GEGEN DIE PRIVATISIERUNG UND AUSGLIEDERUNG ERNST ZU NEHMEN, UND OFFENSIV DAGEGEN AUFZUTRETEN.

AnsprechpartnerInnen der KIV im KAV



Silvia Tauchner
Dipl. Kinderkrankenschwester
SMZ-Süd
Tel. 601 91-719 98
(0664) 162 69 93
Fax 601 91-199 92
silvia.tauchner@kiv.at



Eleonora Brix
Kanzleibedienstete
Otto Wagner Spital
Tel. 910 60-218 24
(0680) 322 38 47
eleonore.brix@kiv.at



Heidemarie Lentsch
Sozialpädagogin
AKH
Tel. 404 00-13700
(0699) 11 17 13 87
Fax 404 00-13710
heidemarie.lentsch@kiv.at



Biju Augustian Onatt
Dipl. Gesundheits- und
Krankenpfleger
SMZ-Ost
Tel. 288 02-74 81 10,
4000-838 67
(0664) 39 48 519
biju.onatt@wienkav.at



Gottfried Weigl
Aufnahmebeamter
Krankenhaus Hietzing/
Rosenhügel
Tel. 801 10-2950
(0676) 933 27 10
gottfried.weigl@kiv.at



Michaela Trattinig
Biomedizinische
Analytikerin,
Rudolfstiftung
Tel. 711 65-3811
michaela.trattinig@kiv.at



Dragana Leopoldinger
Diplomierte Gesundheits- und
Krankenschwester
Wilhelminenspital
Tel. 49150-4230
(0699) 10 10 34 60
dragana.leopoldinger@kiv.at